

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

22.1.1930 (No. 19)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Krenn, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe, Nr. 3515

Verlagspreis: Monatlich 3,25 RM., einl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zumal zweifacher Bestreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Waldbrand, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Abnehmer, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Untertanige Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Kein Gastriede

Südwestdeutsche Gas-U.G. und Heloga-Verträge mit Ruhr und Saar über Ferngasbezug

Am 18. Januar hat in Heidelberg eine Aufsichtsratsitzung der Südwestdeutschen Gas-U.G. stattgefunden, die sich eingehend mit der Prüfung der Verträge der Heloga mit der Ruhr und Saar wegen des Bezugs von Ferngas beschäftigt hat. Es wird uns darüber u. a. geschrieben:

Der Aufsichtsrat sei einstimmig zu der Feststellung gelangt, daß die Vertragsentwürfe in keiner Weise eine geeignete Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Heloga und Süwega in der Ferngasfrage darstellen, so sehr die Süwega nach wie vor der Überzeugung sei, daß ein Zusammengehen von Heloga und Süwega vor Abschluß von Ferngasverträgen die einzig richtige und tragbare Lösung darstelle. Im einzelnen begründet die Süwega ihre Stellungnahme wie folgt: Die Preise böten keinen Anreiz gegenüber den gegenwärtigen und demnächstigen Erzeugungskosten bei Erweiterung der eigenen Anlagen. Jedem größeren modernen eingetragenen Gaswerk sei es heute bereits möglich, mit diesen Preisen in Konkurrenz zu treten. Es sei volkswirtschaftlich nicht zu verantworten, große Kapitalien in Fernleitungen zu investieren ohne entsprechenden Nutzeffekt. Die Aufgabe einer großen modernen Erzeugungsanlage oder der Verzicht auf eine wirtschaftlich zweckmäßige Erweiterung komme nur in Frage, wenn ganz wesentliche Vorteile für die Verbraucher sich ergeben. Die vollkommene Abhängigkeit des Gaspreises von jeder Lohn- und Kohlenpreiserhöhung, wie sie der Vertragsentwurf vorsieht, bedeute einen wesentlichen Nachteil gegenüber dem jetzigen Zustand, da es den örtlichen Gaswerken bisher immer gelungen ist, durch Rationalisierung und technische Verbesserungen bei steigenden Kohlenpreisen und Löhnen die Erzeugungskosten zu senken. Die Qualität des angebotenen Ferngases entspreche nicht den Anforderungen des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern. Die Höhe der nicht brennbaren (inerten) Bestandteile, gehe wesentlich über die normale Höhe hinaus. Dazu kommt, daß die ganzen Bestimmungen bezüglich der Qualität lediglich „Soll-“ und nicht „Muss“-Bestimmungen sind. Der Ruhr- und Saar-Vertrag durch eine Anzahl von Bestimmungen ein schwerwiegender Eingriff in die Tarifhoheit der Kommunen eingeräumt. Die Festlegung verschiedener Preise für sogenanntes kommunales und für Industriezwecke ist vom Standpunkt der Kommunalpolitik aus gesehen, undiskutierbar. Nach den Vertragsentwürfen sei das gesamte Risiko des Ferngasbezugs der Heloga aufgelegt. Die Bestimmung in den Verträgen, daß die Kosten für Streiks und Ausfällungen dem Abnehmer zur Last fallen, ist unbillig. Die Bestimmung, daß der Ruhr- und Saar-Vertrag die Weiterlieferung des Gases zu den vertraglichen Bedingungen bei Vorliegen einer günstigeren Verwertungsmöglichkeit infolge von Produktionsänderungen nicht zugemutet werden kann, ist unannehmbar, da zudem die Heloga in einem solchen Falle nicht die Möglichkeit habe, eine eigene Gaserzeugungsanlage zu errichten.

Eine Großgasversorgung Deutschlands nach dem Muster der vorliegenden Verträge sei undenkbar. Der Aufsichtsrat der Süwega kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppengasversorgung, evtl. mit Zusatz von Ferngas, für unser Wirtschaftsgebiet die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppengasversorgung werden die Fragen der Betriebsicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabbarung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Heloga und Süwega wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Süwega im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einzig richtige Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfe der Heloga mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Wieder erste Lage Paraguay-Bolivien

Washington, 21. Jan. (Tel.). Vor einigen Tagen war es an der Grenze zwischen Bolivien und Paraguay zu einem Zwischenfall gekommen. Eine bolivianische Patrouille hatte eine paraguayische Truppenabteilung in der Nähe von Puerto Casado angegriffen, wobei es einen Toten gab. Der Geschäftsträger Paraguays in Washington teilte nun heute im Staatsdepartement mit, er befürchte, daß ein Konflikt bevorstehe. Seine Regierung habe ihn zur Kenntnis gebracht, daß der bolivianische Oberbefehlshaber, General Kruz, den allgemeinen Angriff auf die paraguayische Grenze befohlen habe.

Der Bericht der Saager Delegation. Reichsminister Dr. Curtius erstattete am Dienstag dem Reichspräsidenten ausführlich Bericht über die Saager Verhandlungen. Der Reichspräsident sprach der deutschen Delegation Dank und Anerkennung für ihre Arbeit und Haltung aus.

Der Reichspräsident empfing heute den Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Graf Serwina.

Molkenbauers Sanierungsplan. Im Plenum des Reichstags, das sich beinahe am Donnerstag zur Beratung über den Entwurf des Zündholzmonopolgesetzes versammelt, wird Reichsfinanzminister Dr. Molkenbauer, der damit zum ersten Male vor die Vollversammlung tritt, voraussichtlich auch seinen Plan zur Sanierung des Staats flizzieren.

Fortsetzung der Saarverhandlungen. Der Führer der deutschen Saardelegation, Staatssekretär a. D. Dr. v. Simson, ist zur Fortsetzung der deutsch-französischen Saarverhandlungen wieder in Paris eingetroffen.

Letzte Nachrichten

Sitzung des Reichskabinetts

Berichterstattung über den Haag

P. Berlin, 22. Jan. (Frei-Tag). Das Reichskabinetts ist heute vormittag um 11 Uhr unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Curtius und der übrigen Delegierten über die Haager Verhandlungen entgegenzunehmen.

Der neue amerikanische Botschafter

Abreise nach Deutschland

W.B. New York, 22. Jan. (Tel.). Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten für Deutschland, Sackett, mit Frau werden heute mit dem Dampfer „President Harding“ über Plymouth, London, Genua nach Deutschland abreisen. Botschafter Sackett geht, etwa am 5. Februar in Berlin einzu treffen.

Der Botschafter empfing gestern abend den New-Yorker Vertreter des W.B., dem er auf seine Bitte um eine Äußerung für das deutsche Volk folgendes sagte: Ich verlasse mein Heimatland mit dem Wunsch, dem deutschen Volk die Gefühle der Zuneigung und der Freundschaft zu übermitteln, welche unsere Nation hegt. Ich hoffe aufrichtig, daß ich dazu beitragen darf, die Bande, die unsere beiden Länder verbinden, noch enger zu knüpfen. Mit Spannung sehe ich unserem Leben in Berlin und der freundschaftlichen Aufnahme entgegen, deren wir gewiß sein dürfen. Und ich kann Ihnen versichern, daß meine Frau und ich bestrebt sein werden, in Deutschland enge und dauernde persönliche Beziehungen anzuknüpfen. Ich bin gewiß, daß wir während unseres Aufenthaltes in Deutschland ein ununterbrochenes Wachsen des gegenseitigen Vertrauens erleben werden, welches unter der gemeinsamen Fürsorge meiner verehrten Vorgänger und der hervorragenden Männer, die als Botschafter Deutschlands in den Vereinigten Staaten die Freundschaft unserer beiden Nationen auf breiter Grundlage aufbauten, bereits so schön erblüht ist.

W.B. Berlin, 22. Jan. (Tel.). Der scheidende amerikanische Botschafter, Jakob Gould Schurman hat am Reichspräsidenten von Hindenburg von Bord des Dampfers „George Washington“ nachstehendes Telegramm geschickt:

„Dem Verlassen der deutschen Gewässer ist es mir ein Herzensbedürfnis, meine große Hochachtung und Verehrung für Ew. Excellenz nochmals zum Ausdruck zu bringen, sowie die dankbare Anerkennung, mit der ich des besondern Vertrauens und der Freundschaft stets gedenken werde, die mir während der letzten fünf Jahre entgegengebracht wurden seitens Ew. Excellenz und der Reichsregierung sowie, als auch des deutschen Volkes, das ich seit fünf Jahrzehnten kenne und bewundere, und dem ich beim Abschied aufs herzlichste Wohlwünsche, Glück und alles Gute wünsche.“ Jakob Gould Schurman.

Die Stützung des Roggenpreises

W.B. Berlin, 22. Jan. (Tel.). In einem Teil der Presse wird die Nachricht verbreitet von der bevorstehenden Einbringung eines Roggenpreises. Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren, liegt ein Gesetzentwurf in der angebotenen Richtung vorläufig nicht vor. Tatsache ist jedoch, daß mit Rücksicht auf die katastrophale Lage am Roggenmarkt über das Problem der Roggenstützung seit längerer Zeit Erwägungen schwanden, die sich voraussichtlich in aller nächster Zeit zu konkreten Vorschlägen verwickeln werden.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichsrates und des Reichstages werden sofort nach Zusammen treten des Reichstages über die weitere Regelung des Vermahlungszwanges gütlich gehört werden. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft beabsichtigt, den zur Zeit festgesetzten Vermahlungsatz für Inlandszwecke von 50 Prozent auch für den Monat Februar festzusetzen. Das Reichskabinetts wird sich bereits in einer seiner nächsten Sitzungen mit dieser Frage beschäftigen.

Der „Demokr. Zeitungsb.“ hatte mitgeteilt, es sei an eine Maßnahme gedacht, wie sie vor kurzem in München bereits durchgeführt worden ist. (Wir berichteten gestern darüber.) Der Geschäftsmann der Verbraucher am Roggenbrot soll dadurch gefördert werden, daß man Vorsorge trifft, daß das Roggenbrot an Stelle des üblichen aus gemischtem Mehl bestehenden Schwarzbrot als reines Roggenbrot in den Handel gebracht wird, und zwar dürften diesem Roggenbrot höchstens 5 Prozent anderem Mehl beigegeben werden. Ein solches Roggenbrot wird durch eine Siegelmarke als Markenbrot gekennzeichnet sein. Eine Entscheidung über die geplanten Maßnahmen ist noch nicht gefallen.

Die Zeitung der D.S.

W.B. Amsterdam, 22. Jan. (Tel.). Einer Information des „Allgemeinen Handelsblat“ zufolge, die das Blatt von gut eingeweihter Seite erhalten haben will, soll der Präsident der Federal Reservebank von New York, Mac Garrath, der bisher auch Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbank ist, als ernsthafter Kandidat für den Posten des Präsidenten der Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich in Frage kommen.

Konferenz der Finanzminister. Gegenüber den verschiedenen Meldungen, daß in Berlin eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder stattfinden soll, hören wir von zuverlässiger Seite, daß eine solche Konferenz nicht geplant sei. Es sei vielmehr nur eine Konferenz der Finanzminister der Länder in Aussicht genommen, deren Termin aber noch unbestimmt sei.

*Die Londoner Flottenkonferenz

Die Londoner Flottenkonferenz, die gestern feierlich eröffnet worden ist, und an welcher die Vertreter der sogenannten „fünf großen Seemächte“ England, Nordamerika, Frankreich, Japan und Italien teilnehmen, könnte nur dann zu einem wirklich weltgeschichtlichen Ereignis werden, wenn der Antrag, der angeblich von Mussolini beabsichtigt ist, wirklich eingebracht und wirklich angenommen würde, nämlich der Antrag, daß alle Seemächte abrüsteten, und daß lediglich eine von sämtlichen Staaten gebildete Polizeiflotte bestehen bleibt. Das wäre gewiß ein Antrag, der mit einem Schlage der Abrüstungsfrage ein praktisches Fundament verleihen würde. Aber gerade, weil dem so ist, ist nicht damit zu rechnen, daß er ernsthaft diskutiert wird. Wenigstens auf dieser Konferenz noch nicht!

Zudem weiß man ja auch bereits, daß Mussolini nicht etwa als wahrer Freund der Abrüstungsfrage seinen Vorschlag im Busen wälzte, sondern dabei von Gründen italienischer Interessenpolitik ausging. So, wie die Dinge nach den bisherigen Wahrnehmungen in London verlaufen werden, muß Italien befürchten, daß es bei allen Beschlüssen unter die Räder kommt. Praktisch wird es sich bei den Arbeiten der Londoner Konferenz vor allem um die sogenannte Kreuzerfrage handeln, das heißt um die Frage, wie viele Kreuzer eines ganz bestimmten Typs den einzelnen großen Seemächten zustehen sollen. Mussolini ist hier insofern in einer schwierigen Lage, als die beiden angelfächsischen Mächte, Amerika und England, wohl im wesentlichen Hand in Hand gehen werden, zumal, nachdem Macdonald den Grundsatz anerkannt hat, daß Nordamerika eine gleichstarke Flotte wie Großbritannien beanspruchen dürfe. Die amerikanischen Vorschläge über das Seehandelsrecht der Neutralen in einem Kriege sind allerdings so beschaffen, daß sie bei ihrer Annahme die Seeherrschaft Englands schwer beeinträchtigen müßten. Aber wahrscheinlich sind diese Vorschläge nur als ein Druckmittel gedacht, mit welchem die amerikanische Diplomatie jenachdem in der Richtung einer allgemeinen Abrüstung oder zum Zwecke einer Einschränkung Englands operieren könnte.

Jedenfalls hat Italien keine Aussicht, von sich aus eine amerikanisch-englische Übereinstimmung zu erschlittern. Was aber die Nachbarmacht Frankreich anlangt, so besteht hier eine offenkundige Rivalität zwischen den beiden Staaten, eine Rivalität, die vor allem durch die Probleme der Mittelmeerpolitik bedingt ist. Sicherlich wird Italien an Frankreich kaum einen Bundesgenossen für seine eigenen Forderungen haben. So drängte sich wohl ganz von selbst der Vorschlag einer allgemeinen Abrüstung zur See als das beste Mittel auf, um Italiens Interessen zu nützen. Allerdings ist dieser Vorschlag, wie gesagt, bis jetzt noch nicht offiziell eingebracht worden.

Die Differenzen, die auf der Londoner Konferenz zu erledigen sind, sind recht bedeutend. Außer der schon erwähnten Kreuzerfrage ruft wieder das Problem der „nationalen Sicherheiten“ herum. Frankreich möchte nur zu gerne einen Zusatz zum Kellogg-Pakt beschließen sehen, wonach alle Unterzeichner, also auch die Vereinigten Staaten, sich feierlich verpflichten, eine Verletzung des Paktes mit der Sperrung der Zufuhren zur See zu beantworten. Weiter spielen eine Rolle: der Vorschlag eines Mittelmeerpaktes, das Machtverhältnis der einzelnen Staaten bezüglich der Schlachtschiffe — ein Problem, an welchem vor allem Japan und die angelfächsischen Mächte interessiert sind —, und das Problem einer Beschränkung der Rüstung in der Luft. Schließlich wird auch noch von der Möglichkeit eines Armeekanalpaktes gesprochen.

Einstweilen sind ja die fünf großen Seemächte unter sich. Aber schon jetzt wird hier und da die Notwendigkeit angedeutet, auch andere Staaten, wie z. B. Deutschland, zu der Konferenz hinzuzuziehen. Durch den neuen deutschen Kreuzertyp (Ersatz Preußen) hat ja die ganze Frage der kampfmäßigen Einschränkung von Schlachtschiffen und Kreuzern ein anderes Gesicht bekommen. Dieser kleine deutsche Kreuzer besitzt nach der Meinung aller Fachleute im Auslande eine derartige Überlegenheit in operativer und artilleristischer Beziehung, daß dadurch — und natürlich auch noch durch einige andere Momente — der Wert der großen Schlachtschiffe wesentlich vermindert wird. Für den Kriegsschiffbau und die Frage der Bewertung der einzelnen Flottenstärken der Mächte tun

sich somit ganz neue Perspektiven auf. Und, da Deutschland diejenige Macht ist, die mit ihrem neuen Kreuzer-typp solches verurteilt hat, könnte man es nur zu sehr begreifen, daß man auch sie zu den Besprechungen einladet.

Kurze Nachrichten

Die Interalliierte Rheinschiffahrtskontrolle stellt ihre Tätigkeit ein. Die Tätigkeit der Rheinschiffahrtskontrolle ist jetzt auch in der dritten Zone endgültig eingestellt worden und auch in letzter Zeit kaum noch ausgeübt worden. Ein großer Teil der beschlagnahmten Boote ist den Besitzern zurückgegeben worden. Man vermutet, daß die Abwicklung in Ludwigshafen noch in diesem Monat ihre Tätigkeit einstellt und sich auflöst. Bis zur endgültigen Räumung bleibt aber der Kommission das Kontrollrecht vorbehalten.

Aktion der Ostprovinzen. Laut „Germania“ werden am Freitag, den 24. Januar, die sechs Landeshauptleute der Provinzen Grenzmark-Rosen-Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Pommern, Brandenburg und Ostpreußen dem Reichspräsidenten, dem Reichszentralrat, dem Reichsinnenminister, dem preussischen Ministerpräsidenten und dem preussischen Innenminister eine umfangreiche Denkschrift über die Notlage des deutschen Ostens überreichen, in der diese eingehend geschildert und Abhilfemaßnahmen gefordert werden.

Erkennungsnummern für Wasserfahrzeuge? Im Reichsverkehrsministerium finden laut „Berl. Tagebl.“ zur Zeit Verhandlungen statt, deren Ziel eine Neuordnung auf allen Gewässern ist. Es hat sich herausgestellt, daß der ständig wachsende Verkehr auf dem Wasser einer Neuordnung bedarf, die geeignet ist, die Sicherheit der Berufsschiffahrt, die gefährdet erscheint, wiederherzustellen. Zu diesem Zweck wird eine Reglementierung aller Wasserfahrzeuge vorgenommen werden. Genau wie jedes Automobil soll künftig jedes Wasserfahrzeug eine Nummer erhalten, so daß bei jeder Störung des Wasserverkehrs der Übeltäter sofort erkannt werden kann.

Austritt Geheimrat Payers aus der württembergischen Demokratischen Partei. Geheimrat Payer, der Senior der schwäbischen Demokratie, hat, wie aus Stuttgart gemeldet wird, infolge des Eintritts der Demokraten in die Regierung Bagille seinen Austritt aus der Demokratischen Partei in Württemberg erklärt. Mit ihm sind auch noch die übrigen Mitglieder der Familie Payer aus der Partei ausgetreten.

Stadträte und Volksbegehren. Der Halberstädter Regierungspräsident hat, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, die Wahl zweier bürgerlicher Stadträte nicht befähigt, weil sie sich am Volksbegehren beteiligt haben.

Der sächsische Arbeitsminister Elsner ist nun, wie amtlich mitgeteilt wird, zurückgetreten. Der Minister des Inneren wurde beauftragt, bis auf weiteres die Geschäfte zu führen.

Mag Quard †. Der sozialdemokratische Führer Dr. Mag Quard ist in Frankfurt a. M., 69 Jahre alt, gestorben.

Der österreichische Bundeskanzler Schöber reist nach Rom. Er wird die schon seit längerem geplante Reise am 31. Januar 1930 antreten. In Rom werden Konferenzen über noch schwebende finanzielle und handelspolitische Fragen stattfinden.

Aus dem schweizerischen Bundesrat. In der Frage der Schaffung eines besonderen Bundesamtes für die Elektrizitätswirtschaft hat, wie aus Bern gemeldet wird, die Kommission des Nationalrates im November v. J. dem Vorschlag des Bundesrates, ein solches Amt für Elektrizitätswirtschaft zu schaffen, grundsätzlich einstimmig zugestimmt, jedoch den Wunsch geäußert, über diese Frage noch einen ergänzenden Bericht des Bundesrates zu erhalten. Dieser Nachtragsbericht ist nun am Dienstag vom Bundesrat genehmigt worden.

Das Eigentum der Heilsarmee. Der zuständige Richter hat, wie aus London gemeldet wird, die Testamentsvollstrecker des verstorbenen Generals der Heilsarmee, Bramwell Booth, aufgefordert, dem neuen General, Higgins, das Eigentum der Heilsarmee im Werte von mehreren Millionen Pfund Sterling, zu dem auch Kapellen, Heime und andere Gebäude gehören, zu übergeben.

In Portugal hat sich ein neues Kabinett gebildet. Bei der Eröffnung der gesetzgebenden Versammlung Indiens in Neu-Delhi waren infolge des vom indischen Nationalkongress ausgesprochenen Boykotts von 145 Mitgliedern nur 78 anwesend. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, die den Vizekönig zu seiner Rettung bei dem nichtswürdigen Anschlag auf seinen Zug beglückwünscht.

32 Morde in einem Jahr

Nach dem neuen „Begeißer durch die Polizei“, den das preussische Innenministerium für 1930 herausgegeben hat, wurden 1929 in Berlin 32 Morde verübt, von denen bisher zwei noch nicht aufgeklärt sind. Weiter kamen 14 Mordversuche mit ebenfalls zwei unaufgeklärten Fällen zur Anzeige. Von 13 Totschlagsversuchen ist nur einer bisher nicht aufgeklärt, während acht Totschlagsversuche zur Ermittlung der Täter geführt haben. Dagegen sind von 277 Fällen von Raub und räuberischer Erpressung noch 164 unaufgeklärt und von 188 Verbrechen zu diesen Verbrechen 93.

Wegen Erbschaftsstreitigkeiten kam es in der Familie des Landwirts Hauptmann in Fritslar zu heftigen Szenen und Tötlichkeiten. Dabei ergriff, wie der „Lokalanzeiger“ meldet, der 42 Jahre alte Sohn ein Jagdgewehr und schoß seinen greisen Vater hinterwärts nieder. Der Täter ist entflohen.

Wie Habas aus Cambia, der Hauptstadt der Insel Kreia, meldet, hat eine Feuersbrunst einen Teil der Stadt zerstört.

Badisches Landestheater

Gastspiel
Moby Christians — Ernst Deutsch
und Berliner Ensemble mit Hans Junkermann.
Es erübrigt sich, Titel und Verfasser des aufgeführten Stückes zu nennen, da es ein absolut bedeutungsloser, verstaubter, kitschiger Schmarren ist, der nur das Ziel hat, der Hauptdarstellerin Gelegenheit zu Kulissenreichtum zu geben. Moby Christians als Filmchauspielerin mag das gewohnt sein, aber daß ein so ernster Darsteller wie Ernst Deutsch sich nicht für zu gut hält, um sich darin vorzustellen, ist tief bedauerlich.
Moby Christians, eine gutgewachsene, elegant gekleidete Erscheinung, zeigte sich ihrer Rolle durchaus gewachsen und offenbarte auf der Bühne ihre aus dem Film bekannte Talent reicher Ausdrucksmöglichkeiten. Aber einen stärkeren Eindruck hinterließ Ernst Deutsch mit seiner spröden und doch überaus modulationsfähigen Stimme und seiner ungemessenen Beherrschung in Haltung und Gestik.
Daneben sind noch Hans Junkermann mit guter Realistik der Darstellung und Jaro Fürth zu nennen.

Prof. Dr. Karl Söll

Thüringens Finanzlage

Gutachten des Reichsfinanzkommissars

Das nach zweijähriger Untersuchung aller Zweige der Landesverwaltung Thüringens vom Reichsfinanzkommissar, Staatsminister a. D. Dr. Saemisch, erstattete Gutachten über Sparmöglichkeiten im thüringischen Staatshaushalt ist jetzt in Gestalt eines 671 Seiten umfassenden Druckbandes den Abgeordneten des neuen Landtags übergeben worden.

Der Reichsfinanzkommissar führt aus, der Fehlbetrag sei chronisch geworden. Gewiß stehe Thüringen damit nicht vereinzelt da. Sein Fehlbetrag gehe aber in eine Zeit zurück, in der diese Erscheinung noch keineswegs allgemein und die steuerleistende Wirtschaft noch nicht notwendig gewesen sei. Thüringen habe kulturelle Aufgaben, insbesondere das Volksschulwesen, in einer so großzügigen Weise ausgebaut, wie es reicheren Ländern als einstweilen noch nicht erreichbares Endziel vorzöge. Es habe vermehrten Schulden nicht gescheut, um große Verkehrs- und Gewerbeunternehmen zu finanzieren. Aber es sei nicht gelungen, an anderer Stelle Ersparnisse zu machen oder die Einnahmen zu vermehren. Das Tempo des Fortschritts habe sich als zu schnell erwiesen, und das Defizit des Staatshaushalts sei die natürliche Folge gewesen.

Die Ausgaben des Haushaltsplanes zeigen im allgemeinen keine sinkende Tendenz. Im Gegenteil werden wichtige Positionen zwangsläufig weiter steigen. Auf der anderen Seite sei bei den Einnahmen nicht mit spontaner Erhöhung zu rechnen. Es bleibe nur übrig, den staatlichen Aufwand der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit anzupassen. Erziehbewertete Ziele, die über die Kräfte der Jetztzeit hinausgehen, müssen einer glücklicheren Zukunft überlassen bleiben.

Der Reichsfinanzkommissar bezeichnet als vorzüglich den Abbau der schwebenden Schuld, wozu sich in der Veräußerung entbehrlicher Vermögenswerte, und zwar aus dem Kapitalvermögen mit etwa 30 Millionen M und aus dem Verkauf von verstreutem Besitz mit etwa 8 Millionen Reichsmark, Mittel darbieten. Soweit die Nutzung der Ausgaben nicht zum völligen Gleichgewicht führe, müßten die Steuerreserven herangezogen werden.

Die endgültige Deckung der bereits entstandenen Fehlbeträge müsse im Geheißwege geregelt werden. Die Abtötung dieser Schuld sollte binnen längstens zehn Jahren beendet und die Verwendung etwaiger Überschüsse kommender Jahre für diesen Zweck gemährt werden. Der Plan für die grundsätzliche Instandsetzung der Staatsfinanzen sei entsprechend der finanziellen Notlage einzuschränken und nach Möglichkeit zu strecken. Das in den Staatsbetrieben und Beteiligungen festgelegte Kapital sei soweit zu liquidieren, als nicht allgemeine staatliche Interessen die finanziellen Rücksichten überwiegen.

Im einzelnen wird eine Verminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten von 53 auf 43, eine Erhöhung der Dauer der Legislaturperiode von drei auf vier Jahre und die Einführung der zweijährigen Stabsperiode vorgeschlagen. Der Gedanke liege nahe, nur noch einen Ressortminister zu bestellen, der sich allerdings in Fragen der Verwaltung auf die grundsätzlichen Angelegenheiten beschränken solle. Die Einrichtung der Staatsräte (Regierungsmitglieder ohne Ressort), die nach der Verfassung des Landes im Jahre 1935 wegfallen soll, könne fortbestehen, da bisher schon bei der Bildung von Koalitionen die politisch mitwirkenden Gruppen durch die Zuzugewinnung von Staatsräteposten ihre Mitwirkung in der Landesregierung finden könnten.

In den Wirkungsbereichen der verschiedenen Ministerien wird ein Abbau einer ganzen Reihe von Beamten und Angestelltenstellen angeregt und als möglich nachgewiesen. Besondere einsparnde Maßnahmen werden die Sparmaßnahmen auch in Schulwesen und Schulverwaltung. Ferner wird die Zusammenlegung einiger Landkreise und Landgerichtsbezirke befürwortet. Die Rentämter sollen gänzlich verschwinden und ihre Aufgaben auf andere, schon vorhandene Stellen übertragen werden. Die Landesopertheater sollen wegfallen mit Ausnahme des Nationaltheaters in Weimar.

Das Urteil im Prozeß Lindemann

WTW. Berlin, 22. Jan. In dem aufsehenerregenden Prozeß wegen des Kurstreibens mit den Aktien der Brandenburgischen Holzindustrie AG, der seit längerer Zeit eine Sonderabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte beschäftigt hatte, wurde heute mittag vom Amtsgericht Ratzeburg das Urteil verkündet. Es wurde verurteilt wegen Betruges und Kurstreiberei sowie Vergehens gegen das Handelsgesetz Kommerzienrat Karl Lindemann zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis, 14 000 M Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust, Otto Lindemann zu 1 Jahr Gefängnis und 6000 M Geldstrafe, Gustav Lindemann zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 7000 M Geldstrafe, der Kaufmann Wis wegen Vergehens gegen das Handelsgesetz zu 1000 M Geldstrafe. Der Angeklagte Trost wurde freigesprochen.

Gefälschte 100-Dollar-Noten

Die Berliner Polizei sucht einen Banknotenfälscher namens Fischer, auf dessen Ergreifung eine Belohnung von 1000 M ausgesetzt ist. Das Aufsuchen einer mit außerordentlicher Geschicklichkeit gefälschten amerikanischen 100-Dollar-Note verurteilte vor einiger Zeit in der Bankwelt große Beunruhigung. Die Fälschung ist auf echtem amerikanischem Banknotenpapier gedruckt und unterscheidet sich ihrem ganzen Aussehen nach nur sehr wenig von den echten Noten. Die Fälschung wurde nach einer Mitteilung des Schatzamtes der Vereinigten Staaten bereits in mehreren europäischen Ländern ermittelt. Die Polizei stellte fest, daß in Berlin ein gewisser Franz Fischer diese Noten in den Verkehr gebracht hat.

WTW. Berlin, 22. Jan. (Tel.) In der Angelegenheit der Fälschung amerikanischer Hundertdollarnoten ist es der Kriminalpolizei bisher noch nicht gelungen, Genaueres über die Fälscher und ihre Werkstätte zu ermitteln. Die technischen Einzelheiten der Fälschungen lassen erkennen, daß man es mit einer vorzüglich ausgeübten Organisation zu tun hat. Die Hersteller müssen selbst von der Güte ihrer Fabrikate überzeugt gewesen sein, da sie im Gegensatz zu sonstigen Fälschern es wagten, ihre Fälschungen bei Banken abzugeben. Das amerikanische Schatzamt hat mitgeteilt, daß ihm die Fälschung von Hundertdollarnoten bereits im Jahre 1928 bekannt war, aber erst nach dem Auftauchen von 50 Fälschungen in Deutschland konnte man annehmen, daß die Fälscher und Vertrieber jetzt in Deutschland das Hauptabsatzgebiet suchten. Anscheinend haben sie damit erst im Oktober v. J. begonnen. Den Fälschern dürfte insofern ihr Handwerk leicht sein, als inzwischen durch Gesetz neue Notentypen für amerikanische Banknoten festgelegt worden sind.

Ein seit Mai vermisster Oberrealschüler, Sohn eines Polizeihauptassistenten in Nürnberg, wurde im Didi eines Waldes bei Almooshof mit einer Schusswunde tot aufgefunden. Neben ihm lagen noch sein Fahrrad, seine Notentasche und die Schutzweste.

In Braunschweig wurden vier Bankräuber zu insgesamt 28 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Selbstverwaltung in Not

Von Bürgermeister Dr. jur. Dr. phil. Forster, Balbsbut

Als Beitrag zu Fragen der kommunalen Selbstverwaltung und Steuererhebung, über die in manchen Einzelheiten auch innerhalb der Gemeinden die Meinungen noch auseinandergehen, bringen wir die nachstehenden Ausführungen:

Die Gemeinde ist der gesunde natürliche Mittelpunkt des Gemeinheitslebens eines Volkes. Sie fordert den Willen zur gemeinsamen Arbeit, den tätigen Sinn für die Stadt, sie verbodert im Kampf des einen gegen den anderen, im Lärm eines politischen Zieles. Auch in unserer modernen Volks- und Weltwirtschaft ist eine Stadt immer noch so etwas wie ein geschlossener Wirtschaftskomplex, innerhalb dessen eine kluge und zielklare Kommunalpolitik den Zusammenhängen Rechnung tragen muß, die zwischen dem Wohl und Wehe des einzelnen und demjenigen der Gesamtheit bestehen.

In diesen Zusammenhängen gestellt, hat die Selbstverwaltung ein eminent städtewirtschaftliches Mandat zu erfüllen, das von den Mitgliedern der städtischen Korporationen und von der Gesamtheit der Einwohnerchaft höchstes Verantwortungsbewußtsein und Einfühlung in die Bedürfnisse des städtischen Organismus verlangt. Die städtische Selbstverwaltung verlangt, wenn anders sie nicht aus eigenem Segen zu einem Fluch werden soll, die dauernde Einstellung der Parteien auf das Gemeinwohl unter Verzicht auf politische Augenblickserfolge. Das Verlin der jüngsten Tage zeigt, wohin das Verlassen dieses Bodens der Selbstverwaltung führt. In seinem Verwaltungsorganismus wird sich ein Abweichen von ihm bei jedem einzelnen Einwohner unmittelbar so verhängnisvoll auswirken, wie eben innerhalb der Gemeinde. Wo das Wohl der Gesamtheit außer acht gelassen wird, kann keine Selbstverwaltung bestehen.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß das Fehlen dieses Gemeinfinnes in der jetzigen Zeit das hohe Gut gemeindlicher Arbeit in Form der Selbstverwaltung aufs ernsteste gefährdet. Das Schlagwort von der „Schuldenwirtschaft der Gemeinden“, so sehr auch die darin liegende Verallgemeinerung durch eine verantwortungsbewusste Aufklärungsarbeit der kommunalen Spitzenverbände auf den wahren Wert unverantwortlicher kommunaler Ausgabenwirtschaft im Einzelfall zurückgeführt worden ist, hat für alle die Bestrebungen den Boden vorbereitet, die auf eine Bevormundung der Kommunen abzielen. Unter geistlicher Außerachtlassung der Tatsache, daß bei einer schwebenden Schuld der Städte von etwa 1½ Milliarden Reichsmark die Schulden zum großen Teil durch Ausgaben von elementarer Notwendigkeit, also für Wohnungsbau, Straßenbau, Schulen, Krankenhäuser und namentlich für soziale Zwecke entstanden sind, daß ferner das gesamte Deutschland sich seit Jahren in einer schwierigen Wirtschaftslage befindet, daß es sich mithin hier keineswegs um eine besondere Erscheinung bei den Kommunen handelt, haben gewisse Gruppen und hat eine Presse, die in einem hemmungslosen Herunterreißen aller städtischen Einrichtungen ihre Hauptaufgabe sieht, mit diesem Schlagwort kommunalpolitische Geschäfte zu machen versucht.

Die Handhabung für ihr Vorgehen bot diesen Gruppen die Mangelhaftigkeit des derzeitigen kommunalen Besteuerungssystems als eines solchen, in welchem zur Deckung des voranschlagmäßigen Fehlbetrages überwiegend die Realwerte des Grund und Bodens und des Gewerbes herangezogen werden. Aus dieser Sachlage, an der die Gemeinden völlig schuldlos sind, weil sie sich der Steuern zu bedienen haben, die ihnen durch die Gesetzgebung zugewiesen sind, haben die genannten Gruppen unter dem Vorwand der Notwendigkeit der kommunalen Steuererhebungen aus der Einkommensteuer so etwas wie eine besondere „Kommunalpolitik“ der zuzulag- oder umlagepflichtigen Steuerzahler“ herausgebildet, mit einem kommunalpolitischen Programm, welches auf der einen Seite rein negativ die städtische Ausgabenwirtschaft im Interesse der Schonung der Steuerzahler bekämpft, auf der anderen Seite diese Steuerzahler in den Genuß möglichst hoher Einnahmen aus der städtischen Ausgabenwirtschaft setzen möchte. Es erhellt, daß, vom Standpunkt des Geldbedarfs aus betrachtet, ein solches Programm vorübergehend zunächst wenigstens angehend auf diejenigen Gruppen wirken muß, an die es sich wendet.

Die Verallgemeinerung des Vorwurfs der Geldvergeudung und seine Loslösung von dem Sonderfall der einzelnen Stadt mit ihren besonderen Verhältnissen, die Begründung bewährter Parteien mit verantwortungsloser Finanzpolitik, der Schrei nach einer Finanzkontrolle der Gemeinden durch ihr weisensfremde Korporationen, dieses „über einen Kamm scheren“ aller kommunalen Verhältnisse durch eine mit parteipolitischen Zielen arbeitende Kritik, hat eine Atmosphäre geschaffen, die, unter Verzicht auf die naturgemäße organische Problemlösung im Rahmen der Selbstverwaltung, zu einer Gefahr für diese Selbstverwaltung und das Wohl der Einwohnerchaft schließlich werden kann.

Vor wenigen Tagen noch hat ein angesehenen Führer der Wirtschaft sich nicht scheuen zu erklären, daß die Gemeinden miteinander wetteiferten, nicht wie früher, wer die niedrigsten Steuern, sondern wer das höchste Defizit aufzuweisen habe. Was Wunder, daß solche Behauptungen, von erfolgslustigen Kommunalpolitikern in einer Zeit schwersten allgemeinen wirtschaftlichen Tiefstandes an die Parteiführer geheftet und von Feinden der kommunalen Selbstverwaltung und der öffentlichen Wirtschaft geflüstert verbreitet, zu einer Diskreditierung der kommunalen Finanzwirtschaft geführt haben, die nunmehr an Gebärde der Selbstverwaltung selbst rüttelt. Denn was bedeutet es anders, wenn jetzt die gesamte kommunale Finanzwirtschaft in weitem Umfang unter einer zentral organisierten Kontrolle gestellt werden soll, wenn der Ruf ganz allgemein nach Ausgabedrosselung, Rechnungsprüfung und Staatskontrolle geht!

Es ist kaum ersichtlich zu bestreiten, daß der Vollzug der Drosselungsparole von sehr nachteiligen Folgen, namentlich auch für die einheimischen Handels- und Gewerbetreibende, begleitet sein wird. Gerade unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, erscheint die Verallgemeinerung der Forderung namentlich deshalb bedenklich, weil keineswegs die Finanzlage sämtlicher Kommunen eine gleich starke Art der Ausgabendrosselung verlangt. Vielmehr liegen doch die Dinge so, daß je nach Umfang und Art der Schuldenlage bei mancher Gemeinde die Durchführung eines, wenn auch beschränkten, Investitionsprogramms vom Standpunkt der allgemeinen Wirtschaftslage aus betrachtet, in Zeiten der Konjunkturbaisse, namentlich auch im Interesse der Kräftigung der einheimischen Wirtschaft vertretbar und erwünscht ist. Womit bewiesen sein dürfte: nicht die Schädlichkeit der Verallgemeinerung einer Forderung nach ihrer grundsätzlichen Seite hin, wohl aber das Verlangen einer schematischen Beobachtung dieses Grundfahes ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, eben dieser Eingriff in die Selbstverwaltung.

Es entbehrt nicht eines gewissen pikanten Beigeschmacks, daß jetzt gerade aus den Kreisen, die führend im Kampf gegen die „Schuldenwirtschaft“ der Gemeinden waren, Widerspruch gegen das Drosselungsprogramm erhoben wird. Bekannt geworden sind namentlich die beiden Denkschriften des „Reichsverbandes industrieller Bauunternehmer“ und des „Reichsverbandes des deutschen Tiefbaugewerbes“, die auf die „verhängnisvollen Folgen der an sich (!?) begründeten

Abbruch von Festungswerken in Nehl

Am heutigen Mittwoch beginnen die Entfestigungsarbeiten am Brückenkopf Nehl. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags hat Deutschland mit Rücksicht auf die bevorstehende Räumung durch die französische Besatzung im Laufe dieses Jahres die von den Franzosen inzwischen geräumten Festungswerke zu zerstören. Mit der Niederlegung des zwischen Sundheim und Neumühl gelegenen Stützpunktes an der Kinzig ist heute begonnen worden. Die weiteren Entfestigungsarbeiten gelangen gleichfalls in den nächsten Wochen zur Niederlegung, abgesehen von den Werken, die bis zur endgültigen Regelung noch von den Franzosen besetzt gehalten werden.

Das neue Bodensee-Kraftwagenfährrschiff

Das zweite Bodensee-Kraftwagenfährrschiff der Stadt Konstanz ist im Rohbau fertiggestellt und vom Stapel gelaufen. Es ist 42 Meter lang, 10,4 Meter breit und hat einen Tiefgang von 1,15 Meter. Das Schiff ist mit zwei kompressorlosen Schiffs-Dieselmotoren ausgerüstet, die mit zusammen 860 PS eine stündliche Fahrgeschwindigkeit von 16,5 Kilometern ermöglichen. Die direkt umsteuerbaren Motoren treiben je zwei Schrauben an jedem Schiffsende. Die Lichtanlage des Schiffes wird durch ein besonderes Erzeugermaschinenaggregat bedient, und die Signalanlage besteht außer aus einem modernen Maschinentelegraphen noch aus einer Sprachrohranlage für Notfälle. Wesentlich verändert gegenüber denen des ersten Fährrschiffs sind die Deckaufbauten, die dem stark anwachsenden Personenverkehr (1929 = 960 000 Personen) Rechnung tragen. Das Hauptdeck, auf dem die Fahrzeuge Platz finden, ist überbaut von einem Oberdeck, das einen geschlossenen Fahrtraum und zwei Steuerhäuser trägt. Ferner befindet sich unter dem Hauptdeck je eine Personentabine an jedem Schiffsende. Seitlich eingebaut sind die Toiletten, Mannschaftsräume, der Fahrarten- und der Fahrdrum. Der Schiffsraum enthält fünf Schotten, und eine starke Lenzvorrichtung sorgt für Sicherheit in allen Fällen. Das im ganzen technisch neuartige Schiff wird im Frühjahr in Dienst gestellt, womit dann eine halbstündliche Fährverbindung Konstanz-Neersburg erreicht wird.

Aus der Landeshauptstadt

Der Unterhaltungsabend des Vereins Karlsruher Presse, der am Samstag, dem 1. Februar, in den Festräumen des Schlosshotels abgehalten wurde, bringt an besonderen Darbietungen u. a. verschiedene Solotänze, gelangt von den beiden Solotänzerinnen am hiesigen Landesbühnen, Fräulein Emma Kanner und Marga Bad, und dem Mitglied des Ballettkorps, Fräulein Marta Huber. Die Besucher des von Chefredakteur Amend als Festkommisar geleiteten Abends dürfen sich, wie heute schon versichert werden kann, auf sehr hübsche und aparte Tanzdarbietungen freuen. Auch die Kostüme werden nach allem, was verlautet, sehr originell sein. Weiter wird Tanzlehrer Großkopf mit seiner Frau die Mitglieder und Gäste des Vereins mit den neuesten Gesellschaftstänzen dieses Winters bekannt machen. Die Musik stellt die als hervorragend bekannte Kapelle Schäfer, so daß nach jeder Richtung hin für einen wirklich unterhaltenden Festabend gesorgt ist. Wie schon in unserer ersten Mitteilung gesagt, können neben den Mitgliedern auch Gäste in beschränkter Zahl zu diesem Unterhaltungsabend Zutritt finden, wenn sie durch ein Mitglied des Vereins eingeführt werden. Die Anmeldungen sind tunlichst bald an den Schriftführer von Sedendorf, Badischer Handelshof, zu richten, da die Teilnehmerliste bei Erreichung der zulässigen Höchstzahl abgeschlossen werden muß.

Vom „Badener Heimattag Karlsruhe 1930“. Als Auftakt zum Welttreffen der Badener wird am Freitag, dem 11. Juli, abends halb 9 Uhr, im großen Saale der städtischen Festhalle in Karlsruhe ein feierlicher Eröffnungstag stattfinden. Hierfür sind Begrüßungsansprachen des badischen Staatspräsidenten, Vorsitzenden des Ehrenauschusses für den Heimattag, des Oberbürgermeisters der badischen Landesparlamentarier und einiger anderer prominenter Persönlichkeiten vorgesehen, sowie Orchesterkonzerte des Badischen Landesorchesters. Gleichzeitig wird auch der Kongress der führenden Badener in Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft eröffnet.

Weiternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der hohe Druck über Ostropa hat sich weiter vertieft und leitet der über England und dem Westatlantik kräftig strömenden Westwind erfolgreichem Widerstand. Wir werden daher auch morgen unter dem Einfluß des jetzt im Osten liegenden hohen Druckes die bisherige Witterung behalten. — Wetterausichten: Fortdauer der meist heiteren und trockenen Witterung, Nachfröhen und vielfach Morgennebel, tagsüber mild.

Gemeinderundschau

Zur Bürgermeistereiwahl in Baden-Baden

Durch die Wahl des früheren Bürgermeisters Gfuer zum Oberbürgermeister ist bekanntlich der Bürgermeisterposten in Baden-Baden verwaist. Der Stadtrat hat sich dieser Tage mit 16 gegen 4 Stimmen der Sozialdemokraten bei Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei für den vom Zentrum vorge schlagenen früheren Bürgermeister von Stillingen, Pöthke, ausgesprochen. Die Sozialdemokraten begründeten ihre Ablehnung mit Sparmaßregeln, erklärten aber, gegen den Kandidaten an und für sich keine Einwendungen zu haben. Es ist anzunehmen, daß der auf den 30. Januar einberufene Bürgerauschuß sich hinter die Wahl Pöthkes zum Stadtrat stellen wird.

Wir erfahren von zuverlässiger Seite, daß die Stelle des Bürgermeisters in Baden-Baden in erster Linie auch dem Regierungsrat Mathias Kühn im Ministerium des Innern angeboten war. Dieser ist jedoch der ehrenvollen Berufung nicht gefolgt. Es ist erfreulich, daß damit die große Arbeitskraft und umfassenden Kenntnisse dieses Beamten der badischen inneren Verwaltung erhalten geblieben sind.

Bürgermeisterwahlen. In Königsbach wurde der seitliche Bürgermeister Weiler mit 260 von 263 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. — In Eßbach (Amt Staufen) wurde Landwirt und Drechselgenossenschaftsrechner Wolf Maier, der als einziger Kandidat aufgestellt worden war, gewählt.

Kein öffentliches Schlachthaus in Furtwangen. Die Frage der Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses in Furtwangen, die vom Bezirksrat beim Bezirksamt Donaueschingen angeregt wurde, ist nunmehr entschieden worden. Mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse faun der Schaffung eines Schlachthofes in absehbarer Zeit nicht nähergetreten werden. Die Frage ist auch nicht mehr so dringend wie früher, da jetzt sämtliche selbständigen Metzger Küchenanlagen haben.

Der Bürgerauschuß Säckingen genehmigte den zur Erweiterung des Ferngasleitungsnetzes auf der schweizerischen Seite in Stein notwendigen Kredit von 18 000 M., der von einer schweizerischen Bank zu 6 Proz. zur Verfügung gestellt wird. Die Verhandlungen mit dem Landesfinanzamt, für die Errichtung eines Wohngebäudes für den Poststand statt 660 Quadratmeter 800 Quadratmeter kostenlos zur Verfügung zu stellen und sich nach an den Forderungskosten von 4000 M. zu beteiligen, machten große Schwierigkeiten, weil man diese Forderung des Landesfinanzamts für viel zu hoch hielt. Nach langem Für und Wider wurde der Punkt schließlich mit 43 Ja gegen 14 Nein angenommen.

Der Bürgerauschuß Billingen genehmigte den Erwerb des Krankenhauses durch die Stadt vom Spitalfonds um den Preis von 200 000 M. sowie den Kauf eines weiteren Anwesens um 50 000 M. einstimmig. Genehmigung fanden weiterhin der Erwerb einer neuen Gasbezugsordnung sowie der Ankauf des früheren Hollerith-Fabrikantens um rund 79 000 M., in welchem die städtische Höhere Handelsschule und eine Turnhalle untergebracht werden sollen. Zurüdge stellt wurde der Erwerb einer neuen Wasserbezugsordnung zur Erniedrigung der Kaufschulden und zur Prüfung der allgemeinen Einführung von Wassermessern. Ebenso wurde zur besonderen Rentabilitätsberechnung der Bau einer Metzplahalle zurüdge stellt, welche mit dem nötigen Zubehör auf über 27 000 M. zu stehen kommen würde.

bld. Titisee, 22. Jan. Durch die Presse geht in letzter Zeit eine Notiz, monach zur Beratung für die Gründung der Schluchseeperre eine schwedische Kommission hinzugezogen worden sei. Wie uns von berufener Seite mitgeteilt wird, ist die Meldung unrichtig, auch das Gerücht, daß bei Fundamentausgrabung eine Sandsicht angefahren worden sei. Tatsache ist, daß zur Erkundung des Felsuntergrundes der Sperre eine Bohrmaschine aus Schweden, die bereits zur Feststellung der Untergrundverhältnisse von Sperren in der Schweiz und in Voralberg wegen ihrer Erfahrungen in Tiefbohrungen im Granit herangezogen wurde, auch in der Schluchseeperre Tiefbohrungen ausführt.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	22. Januar		21. Januar	
	Belg	Preis	Belg	Preis
Amsterdam 100 G.	168.13	168.47	168.07	168.41
Kopenhagen 100 Kr.	111.89	112.11	111.85	112.07
Italien . . . 100 S.	21.89	21.93	21.89	21.93
London . . . 1 Pf.	20.355	20.395	20.347	20.387
New York . . 1 D.	4.1830	4.1910	4.1805	4.1885
Paris . . . 100 Fr.	16.43	16.47	16.415	16.455
Schweiz . . . 100 Fr.	80.81	80.97	80.77	80.93
Wien 100 Schilling	58.83	58.95	58.79	58.90
Prag . . . 100 Kr.	12.373	12.393	12.367	12.387

Die Mitteldeutsche Badenkreditanstalt Berlin-Weis wird Hausbesitzerbank

Die dem Deutschen Verband für Hausbesitzer-Interessen angehörnde Berliner Bank für Handel und Grundbesitz G. m. b. H. hat ihre Aktienmajorität erworben. In Baden gehört diesem Verband die Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. mit ihren Zweigstellen in Mannheim, Pforzheim, Freiburg, Sinsheim a. d. Elz, und Neßl a. Rh. an. Es ist anzunehmen, daß der Ankauf der Aktienmajorität als Vorstufe für die Umschuldung der Aufwertungsanleihe für die organisierten Hausbesitzer im Jahre 1932 getätigt worden ist, nachdem die Bemühungen des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine e. V. in Amerika eine Anleihe aufzunehmen, bis heute nicht von Erfolg sein konnten. Bekanntlich sind in dem genannten Verbande neben den Hausbesitzerbanken auch mehrere Versicherungsgesellschaften zusammengefaßt. Die Angliederung auch eines Hypothekensinstituts zeigt, daß hier in planmäßiger Weise für den Hausbesitz und den Mittelstand Selbsthilfemaßnahmen getroffen werden. Die Hausbesitzerbanken in Deutschland stehen durchweg auf gesunder Grundlage. Die Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. in Baden wird auch für das Jahr 1929 einen günstigen Jahresabschluß vorlegen können. Die reinen Spareinlagen haben im vergangenen Jahre bei diesem Institut um rund 1 1/2 Millionen Reichsmark zugenommen. Auch für das Jahr 1929 wird voraussichtlich eine Dividende von 10 Proz. zur Verteilung gelangen.

Die 5prozente Anleihe der Kraftwerke Rurg-Schwörstadt in Rheinfelden (Schweiz) von 1929 in Höhe von 30 Millionen Schweizerfranken ist, wie aus Zürich gemeldet wird, durch die eingegangenen Zeichnungen gedeckt. Der Betrag dient zur Aufbringung weiterer Mittel für die im Bau befindlichen großen Kraftwerksanlagen bei Schwörstadt, an denen bekanntlich auch deutsches Kapital und der badische Staat durch das Badenwerk in erheblichem Ausmaße beteiligt sind.

Der Privatbankrott ist, wie aus Berlin gemeldet wird, für beide Seiten um je 1/3 Proz. auf 6 1/3 Proz. ermäßigt worden.

Der Aktienindex vom 13. Januar bis 18. Januar 1930. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 13. bis 18. Januar 1930 auf 123,2 gegenüber 117,8 der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 121,0 (116,7), in der Gruppe beratende Industrie auf 112,5 (106,8) und in der Gruppe Handel und Verkehr auf 141,4 (135,8).



Unser Inventur-Verkauf

im **Schuhladen Herrenstr. 14**

endet am Samstag, den 25. Januar

Wir bitten, möglichst die **Vormittagsstunden** zum Einkauf zu benutzen, damit Sie gut bedient werden können

Lebensbedürfnisverein



Lebensbedürfnisverein

Eierpreis-Abschlag!

Schwere Italiener-Eier (Veneto-Kühlhauser) **15 Rpf.**

Rumän. Kühlhaus-Eier **13 Rpf.**

Ferner empfehlen wir: S. 124

Goldgelbe Bücklinge Pfd. 40 Rpf.

Abgabe nur an Mitglieder!

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungserleichterung, Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 940

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr
Sonntags 3 1/2 Uhr u. 8 Uhr

Glauer's Royal Midget's - Theater

Die kleinsten Menschen der Welt

Außerdem das große Varieteprogramm von Welttruf

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER
BESTENHEIM & MASSE

LIEFERT AUS SCHLOSS U. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL



Badisches Landestheater

Donnerstag, 23. Jan. 1930
*D 14. (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 2. S.-Gr. und 1501-1550

Hänjel und Grell

Märchenpiel von Gumpert
Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Landgrebe

Mitwirkende:
Blanz, Fischbach, Kallab, Seibertich, Winter, Kauf, Köster, Wöser.

D. 63. Karlsruhe, über das Vermögen des Bad. Kraftfahrzeuga-Spar- und Kreditvereins, e. G. m. b. H. in Karlsruhe, Amalienstraße 85, wurde heute, nachmittags 4 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Emil Müller, hier, Stephaniensstr. 55. Konkursforderungen sind bis zum 20. Februar 1930 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigeraus schusses, zur Entschliebung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Freitag, den 14. Februar 1930, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Freitag, den 28. Februar 1930, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 3. Stock, Zimmer Nr. 252. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 20. Februar 1930 anzumelden.

Karlsruhe, 20. 1. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. I.